

Briefkopf

An das Jobcenter XXX

Aktenzeichen/BG-Nummer: XXXXX//YYYYYY

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich gegen den Bewilligungsbescheid/ Aufhebungs- und Erstattungsbescheid / Ablehnungsbescheid / Änderungsbescheid / Feststellungsbescheid vom XXX (Bewilligungszeitraum XXX) zu dem o.g. Zeichen

W I D E R S P R U C H .

[Soweit Leistungen zurückgefordert werden]

Ich wende ein, dass ich die Leistungen verbraucht habe, da ich auf den Bestand der ursprünglichen Leistungsbewilligung vertraut habe. Dieses Vertrauen ist unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse schutzwürdig. Eine Rückforderung ist daher ausgeschlossen; § 45 Abs. 2 Satz 2 SGB X.

Vorsorglich beantrage ich, den Rückforderungsbetrag bis zur Entscheidung über den vorliegenden Widerspruch zu stunden.

Bis zur Entscheidung über den Stundungsantrag bitte ich um Erklärung des einstweiligen Verzichts auf Zwangsvollstreckungshandlungen.

Im Übrigen wende ich Verjährung der Rückforderung gemäß § 50 Abs. 4 / 113 SGB X ein, da der Verwaltungsakt, der die Leistung zusprach, bereits länger als vier Jahre bestandskräftig ist.

[Bei vorläufiger Bewilligung]

Aufgrund der bisher lediglich vorläufigen Bewilligung beantrage ich gemäß § 41a. Abs. 4 Nr. 3 SGB II, über den Leistungsanspruch auf der Grundlage des tatsächlichen monatlichen Einkommens zu entscheiden.

Zur Begründung meines Widerspruchs wende ich ein, dass

[hier Begründung einfügen, und dass im Übrigen der Kapitalismus erst Armut schafft, so dass dieser überwunden und durch einen demokratischen Sozialismus mit einem Sozialstaat ersetzt werden muss, der die Existenz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben umfassend sichert usw...]

Ich bitte um Abhilfe und rechtsmittelfähige Bescheidung innerhalb der gesetzlichen Frist des § 88 Abs. 2 SGG.

[Wenn die Widerspruchsfrist bereits verstrichen ist]

Zudem beantrage ich hiermit ausdrücklich Überprüfung gemäß § 44 SGB X unter Bezugnahme auf die vorstehende Begründung.

Ich bitte um rechtsmittelfähige Bescheidung innerhalb der gesetzlichen Frist des § 88 Abs. 1 SGG.

[Wenn durch den angegriffenen Bescheid die Existenz akut gefährdet ist]

Durch die angegriffene Entscheidung Ihrer Behörde ist meine Existenz gefährdet, da

[kein hinreichendes Einkommen, kein Vermögen vorhanden, Miete und Lebensmittel müssen bezahlt werden usw...].

Ich fordere Ihre Behörde daher auf, binnen einer Woche über meinen Widerspruch zu entscheiden, diesem abzuhelpen und den sich hieraus ergebenden weiteren Leistungsbetrag, mindestens aber einen frei verrechenbaren Vorschuss auf den zu erwartenden weiteren Leistungsbetrag in Höhe von XXX € an mich auszuzahlen.

Sollte keine Zahlung binnen der gesetzten Frist erfolgt sein, werde ich das einstweilige Rechtsschutzverfahren bei dem Sozialgericht einleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift